



**DEUTSCHE TELEKOM TECHNIK GMBH**  
Postfach 50 20 20, 70369 Stuttgart

**Ingenieurbüro K o l b**

Zeppelinstraße 10

**89555 Steinheim**

**REFERENZEN** Frau Menz / Ihr Schreiben (Mail) vom 22.06.2020  
**ANSPRECHPARTNER** PTI 22 Bernd Beck  
**TELEFONNUMMER** +49 711/999-2138 / Mail/B.Beck@telekom.de  
**DATUM** 13.07.2020  
**BETRIFFT** **Bebauungsplanverfahren eingeschränktes Gewerbegebiet „Am Bergweg“ in Ballmertshofen**  
**Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB**

Sehr geehrte Damen und Herren,  
sehr geehrte Frau Menz,

Die Telekom Deutschland GmbH (nachfolgend Telekom genannt) - als Netzeigentümerin und Nutzungsberechtigte i. S. v. § 68 Abs. 1 TKG - hat die Deutsche Telekom Technik GmbH beauftragt und bevollmächtigt, alle Rechte und Pflichten der Wegesicherung wahrzunehmen sowie alle Planverfahren Dritter entgegenzunehmen und dementsprechend die erforderlichen Stellungnahmen abzugeben. Zu der o. g. Planung nehmen wir wie folgt Stellung:

Im Planbereich befinden sich Telekommunikationslinien der Telekom, die aus beigefügtem Plan ersichtlich sind.

Der Bestand und der Betrieb der vorhandenen TK-Linien müssen weiterhin gewährleistet bleiben.

Einer Überbauung der Telekommunikationslinien der Telekom stimmen wir nicht zu, weil dadurch der Bau, die Unterhaltung und Erweiterung verhindert wird und ein erhebliches Schadensrisiko besteht.

**DEUTSCHE TELEKOM TECHNIK GMBH**

Hausanschrift: Technik Niederlassung Südwest, Nauheimerstr. 98-101, 70372 Stuttgart

Postanschrift: Postfach 50 20 20, 70369 Stuttgart

Telefon: +49 711 270-0 | Telefax: +49 711 999-2069 | Internet: [www.telekom.de/service](http://www.telekom.de/service)

Konto: Postbank Saarbrücken (BLZ 590 100 66), Kto.-Nr. 248 586 68 | IBAN: DE1759 0100 6600 2485 8668 | SWIFT-BIC: PBNKDEFF590

Aufsichtsrat: Niek Jan van Damme (Vorsitzender) | Geschäftsführung: Walter Goldenits (Vorsitzender), Maria, Stettner, Dagmar Vöckler-Busch

Handelsregister: Amtsgericht Bonn HRB 14190, Sitz der Gesellschaft Bonn | USt-IdNr. DE 814645262



ERLEBEN, WAS VERBINDET.

DATUM 13.07.2020  
EMPFÄNGER Ingenieurbüro Kolb, 89555 Steinheim  
SEITE

2

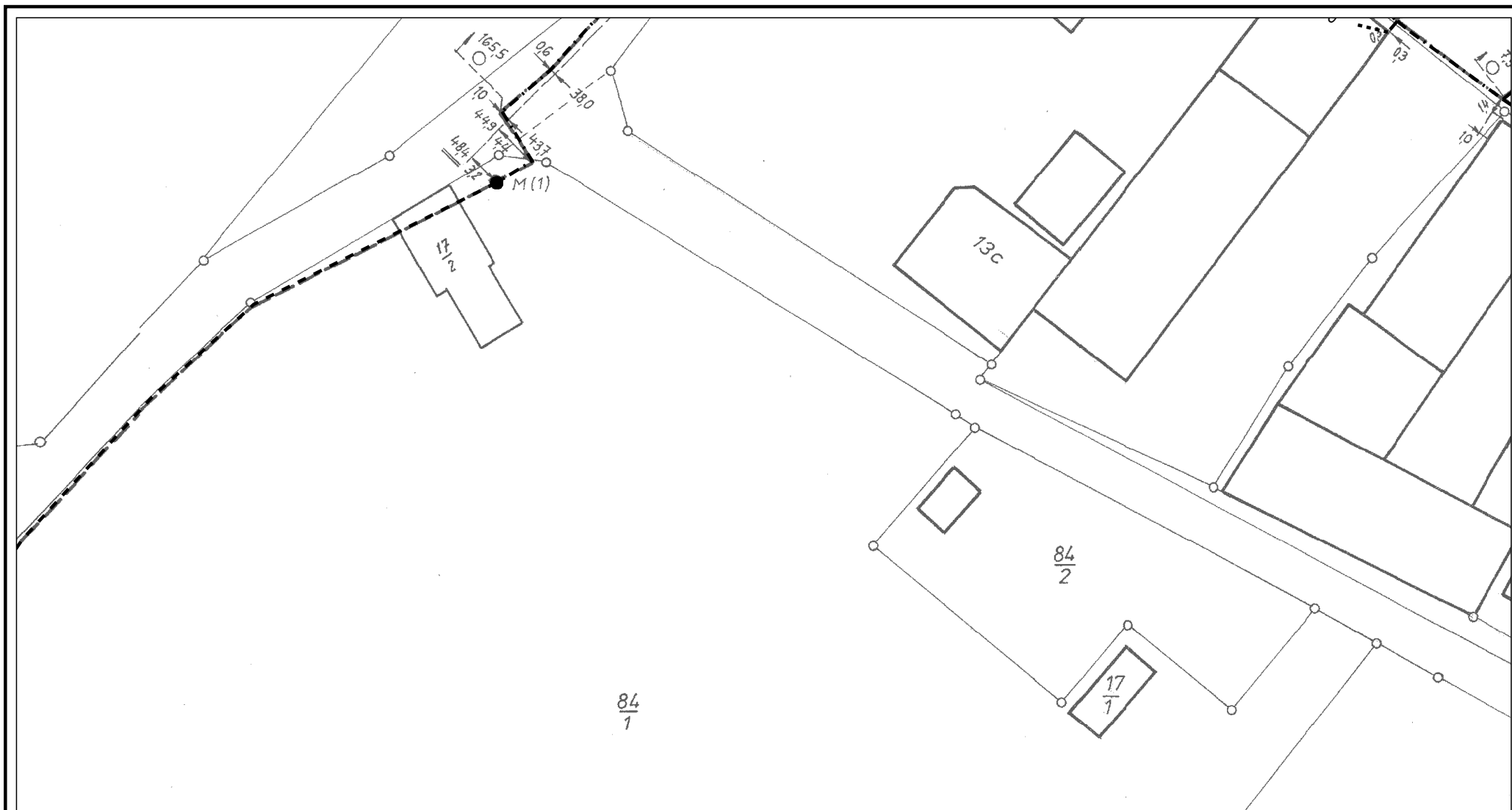
Mit freundlichen Grüßen


i.V.

Peter Mangold

i.A.

Bernd Beck



|  |                                  |         |            |       |                       |               |
|--|----------------------------------|---------|------------|-------|-----------------------|---------------|
|  | AT/Vh-Bez.: Kein aktiver Auftrag |         |            |       |                       |               |
|  | AT/Vh-Nr.: Kein aktiver Auftrag  |         | AsB        | 1     |                       |               |
|  | TI NL                            | Südwest | VsB        | 7321A | Sicht                 | Lageplan      |
|  | Bemerkung:                       | PTI     | Stuttgart  | Name  | Beck.Bernd Marco Maak | Maßstab 1:500 |
|  |                                  | ONB     | Dischingen | Datum | 13.07.2020            | Blatt 1       |



Landratsamt Heidenheim – 89505 Heidenheim

Ingenieurbüro Kolb  
Frau Menz  
Zeppelinstraße 10  
89555 Steinheim am Albuch

Landratsamt Heidenheim

Frau Saur  
Tel. 07321 321-1304  
Fax 07321 321-1320  
e.saur@landkreis-heidenheim.de

Az. 30-Aktenzeichen

24.07.2020

Dienstgebäude  
Felsenstraße 36  
89518 Heidenheim  
Haus C, 1.OG, Raum C 115

Montag – Freitag 08:00 – 11:30 Uhr  
Montag 14:00 – 16:00 Uhr  
Donnerstag 14:00 – 17:30 Uhr

## Beteiligung der Träger öffentlicher Belange an Bauleitplanverfahren und vergleichbaren Satzungsverfahren (§ 4 Abs. 2 Baugesetzbuch)

### Vorbemerkung

Mit der Beteiligung wird den Trägern öffentlicher Belange Gelegenheit zur Stellungnahme im Rahmen ihrer Zuständigkeit zu dem jeweiligen konkreten Planverfahren gegeben. Zweck der Stellungnahme ist es, der Gemeinde die notwendigen Informationen für ein sachgerechtes und optimales Planungsergebnis zu verschaffen. Die Stellungnahme ist zu begründen, die Rechtsgrundlagen sind anzugeben.

### A. Allgemeine Angaben

Gemeinde / Verwaltungsgemeinschaft **Dischingen, Ortsteil Ballmertshofen**

☐ Flächennutzungsplan

☒ Bebauungsplan für das Gebiet **„Am Bergweg“**

☐ Satzung über den Vorhaben und Erschließungsplan

☐ sonstige Satzung

Fristablauf für die Stellungnahme am: **24.07.20**

### B. Stellungnahme

☐ keine Äußerung

☒ Fachliche Stellungnahme siehe Seiten 2 bis 5

1. Rechtliche Vorgaben aufgrund fachgesetzlicher Regelungen, die im Regelfall nicht überwunden werden können

**a) Bau, Umwelt und Gewerbeaufsicht**

(Ansprechpartner: Frau Kneer, Fachbereich 30, Tel.: 07321 321-1313)

Wasserschutz / Bodenschutz

1.1 Art der Vorgabe

Schutzbestimmungen für Wasserschutzgebiete

1.2 Rechtsgrundlage

Rechtsverordnung des Regierungspräsidiums Stuttgart vom 14. Dezember 1977, Nr. 5 1-WR VI 704/1, für die gemeinsame Wasserschutzzone III der Fassungen im Brenztal

**b) Wald und Naturschutz**

(Ansprechpartner: Herr Riester, Fachbereich 31, Tel.: 07321 321-1390)

Naturschutz / Artenschutz

1.1 Art der Vorgabe

Naturschutzrechtliche Eingriffsregelung, Artenschutzrechtliche Belange

1.2 Rechtsgrundlage

§§ 20 - 23 NatSchG, §§ 14, 15, 16, 44 BNatSchG, Vogelschutz- und FFH-Richtlinie

1.3 Möglichkeiten der Überwindung (z. B. Ausnahmen oder Befreiungen)

§ 67 BNatSchG i. V. mit Art. 12, 13 und 16 FFH-RL und Art. 5-7 und 9 Vogelschutzrichtlinie

2. Beabsichtigte eigene Planungen und Maßnahmen, die den o. g. Plan berühren können, mit Angabe des Sachstandes

--

3. Bedenken und Anregungen aus der eigenen Zuständigkeit zu dem o. g. Plan, gegliedert nach Sachkomplexen, jeweils mit Begründung und ggf. Rechtsgrundlage

**a) Landwirtschaft**

(Ansprechpartner: Frau Baur, Tel.: 07321 321 1351)

Die Eingriffs-Ausgleichsbilanzierung im Umweltbericht der Planunterlagen ist aus unserer Sicht nicht vollständig. In den Planunterlagen werden zwar die Maßnahmen zur Vermeidung und Minimierung und die Ausgleichsmaßnahmen des Vorhabens dargestellt, es fehlt jedoch die Ausführung, für welche konkreten Eingriffsmaßnahmen diese Ausgleichsmaßnahmen notwendig werden.

Aus unserer Sicht sollte die Eingriffs-Ausgleichsbilanzierung eine Darstellung enthalten, in welcher Höhe durch die Umsetzung der Planung wieviel Ausgleich notwendig wird und andererseits, welche der geplanten Maßnahmen (auch Vermeidungs- und Minimierungsmaßnahmen) wieviel zum Ausgleich beitragen. Nur so ist nachvollziehbar, inwieweit der geforderte externe Ausgleich notwendig wird.

Des Weiteren verweisen wir auf unsere Stellungnahme vom 20.11.2019.

## **b) Straßenverkehr**

(Ansprechpartner: Frau Bolsinger, Tel.: 07321 321 2445)

In Abstimmung mit dem Polizeipräsidium Ulm werden gegen den Bebauungsplan aus straßenverkehrsrechtlicher Sicht grundsätzlich keine Bedenken erhoben, sofern nachfolgende Hinweise in der Planung bzw. Abwägung sachgerecht berücksichtigt werden.

### **1. Erschließung und Verkehr:**

Gemäß Nr. 6 der Begründung erfolgt die verkehrliche Erschließung des Plangebiets ausschließlich über den „Bergweg“ und den Weg Flst. Nr. 70.

Wie bereits in der Stellungnahme der Straßenverkehrsbehörde vom 20.11.2019 ausgeführt wurde, wird davon ausgegangen, dass die straßenrechtliche Widmung der Verkehrsflächen „Bergweg“ und Flst. Nr. 70 für den geplanten Nutzungszweck gegeben ist. Erforderlichenfalls sollte die geeignete Widmung durchgeführt werden. Hierfür zuständige Straßenbaubehörde ist die Gemeinde Dischingen.

### **2. Sichtfelder:**

Es ist nach wie vor sicherzustellen, dass das erforderliche Sichtfeld nach Südwesten an der Einmündung des Wegs Flst. Nr. 70 in den Bergweg freigehalten wird. Aktuell gilt als Orientierungshilfe Ziff. 6.3.9.3. der Richtlinien für die Anlage von Stadtstraßen - RAST 06.

Es wird darauf hingewiesen, dass die im zeichnerischen Teil des Bebauungsplans eingetragenen Sichtfelder an den öffentlichen Straßeneinmündungen bei einer angenommenen zulässigen Höchstgeschwindigkeit von 40 km/h lediglich nachrichtlichen Charakter und keine rechtlich verbindliche Wirkung haben können, da an den betreffenden Verkehrsabschnitten keine entsprechende Geschwindigkeitsbeschränkung verkehrsrechtlich angeordnet ist. Hier gelten vielmehr die allgemeinen gesetzlichen Geschwindigkeitsregelungen des § 3 StVO. Um Missverständnissen vorzubeugen, sollten deshalb die Sichtfelder entweder in Abhängigkeit von der tatsächlichen zulässigen Höchstgeschwindigkeit unter Berücksichtigung der Vorgaben der StVO und der RAST 06 berichtigt oder aber aus der Planzeichnung entfernt werden.

Unabhängig davon darf eine Einfriedigung des Baugrundstücks aus straßenverkehrsrechtlicher Sicht in jedem Fall nur derart vorgenommen werden, dass die tatsächlich erforderlichen Sichtfelder nach Ziff. 6.3.9.3 RAST 06 unbeeinträchtigt bleiben.

Es ist außerdem sicherzustellen, dass auf nichtüberbaubarer Grundstücksfläche geplante Kfz-Stellplätze stets außerhalb der erforderlichen Sichtfelder eingerichtet werden (Nr. I 4.2 schriftlicher Teil).

### **c) Wald und Naturschutz**

(Ansprechpartner: Herr Riester, Tel.: 07321 321 1390)

#### **Naturschutz**

Auf die Stellungnahme der unteren Naturschutzbehörde zur 1. Anhörung vom 20.11.2019, in der auch der Artenschutz thematisiert wurde, wird verwiesen. Nun liegt der Umweltbericht mit integrierter Eingriffs-Ausgleichs-Bilanzierung vor.

Im Rahmen der Bilanzierung wurde festgestellt, dass trotz interner Vermeidungs- und Minimierungsmaßnahmen ein Kompensationsbedarf verbleibt, der nicht durch interne Maßnahmen auf der Vorhabensfläche ausgeglichen werden kann. Dieser Kompensationsbedarf wird durch eine externe Heckenpflanzung auf dem Flurstück Nr. 383/1, Gemarkung Ballmertshofen, erfüllt. Die Bilanzierung ist nachvollziehbar dargestellt, die Kompensationsmaßnahme wird von Seiten der unteren Naturschutzbehörde akzeptiert.

Unter Beachtung der nachfolgend genannten naturschutzrechtlichen Auflagen und Hinweise bestehen keine grundsätzlichen Bedenken von Seiten der unteren Naturschutzbehörde gegenüber dem Bebauungsplan:

#### **Auflagen:**

1. Eine Entfernung der Gehölze ist gemäß § 39 Abs. 5 Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) nur außerhalb des Zeitraums vom 1. März bis 30. September zulässig.
2. Die naturschutzrechtliche Kompensationsmaßnahme auf dem Flurstück Nr. 383/1 ist entsprechend den Ausführungen im Umweltbericht vom 02.03.2020 bis einen Monat nach Abschluss der Bauarbeiten umzusetzen und der unteren Naturschutzbehörde mittels einer Fotodokumentation nachzuweisen.
3. Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen sind nach § 15 Abs. 4 BNatSchG für die Dauer des Eingriffs zu unterhalten und rechtlich zu sichern. Verantwortlich für Ausführung, Unterhaltung und Sicherung der Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen ist der Verursacher oder dessen Rechtsnachfolger. Die rechtliche Sicherung der Flächen ist der unteren Naturschutzbehörde mindestens einen Monat vor Baubeginn nachzuweisen.
4. Die Kompensationsmaßnahmen, die sich aus § 15 BNatSchG ergeben, sind in das Kompensationsverzeichnis gemäß § 18 Abs. 1 Naturschutzgesetz (NatSchG), § 17 Abs. 6 BNatSchG i. V. m. der derzeit geltenden Kompensationsverzeichnis-Verordnung (KompVzVO) mit den nach Absatz 1 Satz 1 Nr. 1 bis 8, Satz 2 und Absatz 2 KompVzVO erforderlichen Angaben und nachvollziehbaren, exakten Flurkarteneinträgen einzutragen.

5. Gemäß § 2 Abs. 3 Satz 2 KompVzVO wird dem Vorhabenträger die Eingabe der Daten ins Kompensationsverzeichnis unter Verwendung elektronischer Vordrucke nach § 5 KompVzVO auferlegt. Hierzu hat der Vorhabenträger einen Zugang für das Kompensationsverzeichnis bei der Landesanstalt für Umwelt Baden-Württemberg (LUBW) zu beantragen, sofern dieser nicht bereits vorliegt. Die Dateneingabe soll innerhalb eines Monats nach Genehmigung erfolgen und ist der unteren Naturschutzbehörde direkt im Anschluss anzuzeigen.
6. Für Bepflanzungen und vor allem Ansaaten sind heimische, standort- und landschaftsgerechte Gehölze und Saatgut (autochthon) aus demselben regionalen Herkunftsgebiet bzw. Naturraum (Herkunftsgebiet „Schwäbische und Fränkische Alb“ bzw. das Ursprungsgebiet „Schwäbische Alb“ von einem entsprechend zertifizierten Produzenten zu verwenden. Zier- und Zuchtformen sind nicht zulässig.

Hinweise:

1. Es wird gebeten, aufzuzeigen, wie die an das Baugebiet „Am Bergweg“ angrenzenden Obstbaumwiesen erhalten werden sollen (Punkt 5 des Umweltberichts, Landschaftsbild).
2. Auf die in der Pflanzliste unter Punkt 10.1 gelisteten Eichen (Trauben- und Stieleiche) sollte wegen des Eichenprozessionsspinners verzichtet werden um späteren aufwändigen, kostenintensiven Bekämpfungen vorzubeugen. Die Süßkirschensorte „Kordia“ ist anfällig gegenüber Spätfrösten. Auf diese Sorte sollte deshalb verzichtet werden.

Feth